

# Die Welt in der Krise - Antworten einer Sozialen Marktwirtschaft?

Es gilt das gesprochene Wort

I.

Von den Chinesen könnten wir einiges lernen: Sie haben ein und dasselbe Schriftzeichen für Krise und Chance. So ist wohl auch der Schriftsteller Max Frisch zu verstehen, der einmal bemerkte: Krise ist ein produktiver Zustand. Man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen.

In der Medizin kann die Krise auch der Wendepunkt innerhalb eines Krankheitsverlaufs im Sinne einer schlagartigen Verschlechterung oder Verbesserung sein.

Die nüchterne aktuelle Diagnose lässt leider nicht den Schluss zu, dass die Welt sich bereits in einer Phase nach der Krise befindet. Vielmehr befinden wir uns global mitten in einer wahrlich tiefen Krise.

Am Anfang der Krise – vor knapp 2 Jahren – dachten viele, es handele sich lediglich um eine Immobilienkrise in den USA. Als dann die Schalter der amerikanischen Bank Lehman Brothers geschlossen werden mussten, hielten viele Zeitgenossen dies für eine Krise einiger Banken und für eine Börsenkrise. Auch deutsche Banken – vor allem die staatlichen Landesbanken ebenso wie die Hypo Real Estate und die Commerzbank – gerieten ins Wanken.

Nur durch das rechtzeitige und energische Handeln der Politik konnte ein Desaster wie vor rund 80 Jahren verhindert werden. Allein hier in Deutschland wurden staatliche Hilfen zur Stabilisierung des Bankensystems in Höhe von rund 500 Mrd. Euro in kürzester Zeit beschlossen. Bundeskanzlerin Merkel trat gemeinsam mit dem damaligen Fi-

nanzminister Peer Steinbrück an einem Sonntagnachmittag vor die Fernsehkameras, um uns allen zu verkünden, dass der Staat alle Einlagen der Sparer in Höhe von 550 Mrd. Euro garantiert. Zwei Programme zur Stabilisierung der Konjunktur wurden von der Bundesregierung auf die Schnelle beschlossen – insgesamt mit einem Volumen von gut

80 Mrd. Euro. In vielen anderen Ländern wurden die entsprechenden Schritte der Politik noch wesentlich größer dimensioniert. Gleichzeitig haben die Notenbanken der Welt die Leitzinsen auf ein historisches Tiefstniveau gesenkt und die Finanzmärkte mit billiger Liquidität wahrlich geflutet. Nach der Lehman – Pleite hatte die Welt in einen tiefen Abgrund geblickt. Danach ging es nur noch darum, eine systemische Krise, ja den Kollaps des globalen Bankensystems, den Run auf Bankschalter möglichst zu verhindern. Denn die Unterbrechung des monetären "Blutkreislaufes" hätte unweigerlich zu einer Katastrophe mit kaum zu beschreibenden Konsequenzen geführt – auch hier bei uns in Deutschland.

Die politisch Verantwortlichen haben dies verhindert. Der Staat musste als "last lender of resort" für einen Wirtschaftsbereich einspringen, der zuvor stets weniger Staat, weniger Regulierung und weniger Gängelung gefordert hatte. Die Banker hatten nach immer größerer Liberalisierung der Finanzmärkte gerufen, sich vielfach als Finanzakrobaten am Hochtrapez betätigt und für ihre schwindelerregenden Aktionen das Sicherheitsnetz total ausgeblendet. Nicht selten

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

## FREIBURG

STAATSSSEKRETÄR A. D.

FRIEDHELM OST

9. Juni 2010

[www.kas.de/freiburg](http://www.kas.de/freiburg)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

wurden alle Regeln des klassischen Bankgeschäfts über Bord geworfen.

Der tiefere Grund dieser Banken-Krise ist eine übertriebene "Bereichert euch-Mentalität"; es waren ein Denken und Handeln ohne Maß und Mitte, von dem sich nicht nur die Akteure auf den Finanzmärkten leiten ließen. Exzesse, Spekulation, sich selbst verstärkende Prozesse sowie teilweise auch Betrug und Täuschung waren zunächst im angelsächsischen Finanzsystem weit verbreitet – danach aber auch bei uns und anderswo; das Ganze wurde als "radikale Marktideologie" unter dem Slogan "mehr Kapitalismus wagen" propagiert. Dass dies mit der Sozialen Marktwirtschaft gar nichts zu tun hat, mag hier schon einmal festgehalten werden.

Die Kollateralschäden dieses "entfesselten Finanzkapitalismus", der im Desaster landete, sind gewaltig. Die Banken trauten sich nun gegenseitig nicht mehr; überall wirkte sich das schleichende Gift des Vertrauensentzuges aus – eines Vertrauensentzuges im Interbankenverkehr und darüber hinaus auch bei Investoren und Konsumenten. Der Sinn für Maß und Mitte, für Proportionen und Gleichgewicht, ist zudem nicht nur bei den Finanzmarktakteuren, bei den Anbietern von Anlage-Produkten verloren gegangen, sondern auch bei vielen Anlegern. Viele wollten hohe – oft zu hohe – Renditen und haben sich verzockt mit Produkten, in denen ungesicherte Hypotheken oder marode Kredite in verbriefter Form steckten. Solche Anlagen sind inzwischen vielfach Papiere ohne Wert und werden als toxisch bezeichnet; diese Wertpapiere ohne aktuellen Wert belasten vor allem die Bilanzen vieler Banken – und zwar in Höhe von vielen hundert Milliarden Euro. Auch die Bereinigung über die sog. "bad banks" ist nur mit Staatshilfe möglich und wird noch viele Jahre dauern. Manche Finanzinnovationen haben sich als gefährliche, ja fast tödliche Bumerangs entpuppt. Selbst denjenigen, die mit der Parole "rules are for fools" auf totale Deregulierung der Finanzmärkte gedrängt hatten, suchen jetzt einen Platz unter staatlichen Schutzschirmen. Es sind bekanntlich hier nicht nur Adressen aus dem feinen Finanzgewerbe, die vom Staat Überlebenshilfe erwarten,

sondern auch viele andere Unternehmen der Wirtschaft.

Diese Finanzkrise wurde aber auch mit ausgelöst durch eklatantes Regulierungsversagen. Die Banker konnten nur deshalb so riesigen Schaden verursachen, weil die staatlichen Spielregeln es ihnen erlaubten und weil auch staatliches Handeln in der Gestalt einer Politik des billigen Zentralbankgeldes geradezu dazu einlud.

Die Wirtschaft ist nicht aus sich selbst heraus dazu in der Lage, die Spielregeln für das Wirtschaften und den Wettbewerb aufzustellen. Dies kann nur staatliche Politik. Der Staat ist zugleich der Schiedsrichter, der die Einhaltung der Regeln überwacht und jedes Foulspiel unterbindet.

Für den Bankensektor müssen deshalb vor allem folgende staatliche Maßnahmen ergriffen werden:

1. Jedes Geschäft muss mit einem wesentlich höheren Anteil von Eigenkapital unterlegt sein.
2. Wer Risiken eingeht, muss auch dafür haften und kann für sein "bad banking" nicht auf den Staat, also auf die Bürger, setzen.
3. "Too big to fail" – zu groß, um in die Insolvenz zu gehen –, das darf auch in Zukunft im Bankensektor nicht mehr gelten. Deshalb muss eine klare Insolvenzordnung für diesen Bereich gesetzlich vorgeschrieben werden.
4. Banken sollten auf das traditionelle Geschäft zurückgeführt werden – vor allem auf das Einwerben von Einlagen und auf das Kreditgeschäft. Wertpapierhandel, spekulative Operationen usw. sind in einer getrennten "Handelsfirma" zu machen. Banken sollen doch Ersparnisse in Investitionen "verwandeln" und nicht in Spekulationen.
5. Die sog. "Feuerwehrrfonds" der Banken sollten von den Instituten so ausgestattet werden, dass sie auftre-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

**FREIBURG**

STAATSEKRETÄR A. D.  
FRIEDHELM OST

9. Juni 2010

[www.kas.de/freiburg](http://www.kas.de/freiburg)  
[www.kas.de](http://www.kas.de)

tende Brände selbst "löschen" können.

6. Die Landesbanken haben keine Existenzberechtigung mehr und sollten so schnell wie möglich abgewickelt werden.
7. Die persönliche Haftung von Bankvorständen und -aufsichtsräten muss wesentlich verschärft werden.
8. Mit einer Sonder-Abgabe auf Gewinne der Banken sollte ein nachhaltiger Beitrag zur Regulierung der "Krisenschäden" geleistet werden.
9. Eine Reihe von "Wettgeschäften", Derivate, Hedgefonds, Credit Default Swaps usw. sollte gesetzlich verboten oder besonders streng reguliert werden.
10. Die Bankenaufsicht muss in einer Behörde gebündelt werden. Die Sanktionsmaßnahmen sollten härter greifen als bisher.

**II.**

Die Folgen dieser Bankenkrise sind gravierend: Im vergangenen Jahr verringerte sich unser Bruttoinlandsprodukt um rund 5 % – also um über 100 Mrd. Euro – im Vergleich zu 2008. Einen solch tiefen Einbruch hat es seit der Gründung unserer Republik nie gegeben. Die Einnahmen des Staates aus Steuern verringerten sich ebenfalls um 5 % auf 562 Mrd. Euro, während die Ausgaben der öffentlichen Gebietskörperschaften kräftig stiegen vor allem um die Rezession abzubremsen, um den drohenden Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo stieg sprunghaft auf rund 80 Mrd. Euro (2008: + 1Mrd. Euro). Der Schuldenberg von Bund, Länder und Gemeinden lag Ende 2009 bei 1.762 Mrd. Euro und war damit um 116 Mrd. Euro höher als Ende 2008. Wer die bindenden Verpflichtungen für Beamtenpensionen sowie Ansprüche gegenüber Renten-, Pflege- und Krankenversicherung dazu zählt, kommt gar auf 7.850 Milliarden Euro. Was die wirtschaftliche Entwicklung anbetrifft, so

hat sich der deutsche Konjunkturrhimmel seit Beginn des laufenden Jahres mehr und mehr aufgeheitert. Unsere Volkswirtschaft wächst wieder: 2010 wird das Bruttoinlandsprodukt um 1,5 bis 2 % steigen. Die ökonomische Erholung wird jedoch vor allem vom Export getragen – von kräftig expandierenden Ausfuhren nach China, Indien und in andere sogenannte Schwellenländer. Die Zahl der Arbeitslosen bewegt sich um die Marke von etwa 3,3 Millionen; allerdings wird das Instrument der Kurzarbeit weiterhin noch stärker genutzt, um temporäre Produktionsausfälle zu überbrücken. An der Preisfront herrscht nach wie vor ein hohes Maß an Stabilität: Die Kosten für die Lebenshaltung liegen derzeit um 1 % über dem Vorjahrsniveau.

Das leichte Aufatmen vieler Bundesbürger über die sich abzeichnende Erholung der deutschen Volkswirtschaft war indessen nur von kurzer Dauer. Denn die Welt befindet sich nach wie vor in einer Krise – vor allem die Welt in unserer europäischen Nachbarschaft.

Nach der Bankenkrise und der Wirtschaftskrise droht nun die Krise einiger Staaten. Mit der Verschärfung der Schuldenkrise Griechenlands kam es in diesem Frühjahr zu erheblichen Anspannungen an den internationalen Finanzmärkten. Die Entwicklung in Griechenland hatte sich zu einer Vertrauenskrise ausgewachsen, aus der sich das Land nicht mehr aus eigener Kraft befreien konnte. Griechenlands Haushalts- und Wirtschaftspolitik stand seit langem in einem eklatanten Gegensatz zu den Stabilitätsanforderungen des EURO-Währungsprogrammes. Die griechische Neuverschuldung und Gesamtverschuldung hatten ein Maß erreicht, das die Kriterien von 3 % und 60 % des Bruttoinlandsproduktes um ein Mehrfaches überstieg. Als sich das volle Ausmaß dieser Versäumnisse offenbarte, wurde von den internationalen Finanzmarktteilnehmern bezweifelt, ob der griechische Staat noch künftig seinen Zins- und Tilgungsverpflichtungen nachkommen könnte. Griechenland drohte damit die Gefahr, vom Kapitalmarktzugang abgeschnitten zu werden. Ein Zahlungsausfall Griechenlands hätte in der fragilen Lage ein erhebliches Ansteckungsrisiko

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

**FREIBURG**

STAATSEKRETÄR A. D.

FRIEDHELM OST

9. Juni 2010

[www.kas.de/freiburg](http://www.kas.de/freiburg)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

für andere Mitgliedsländer der Europäischen Währungsunion darstellen können. Diese große Gefahr musste gebannt werden: Deshalb haben die Finanzminister des EURO-Raumes finanzielle Hilfen, die an strikte Auflagen gebunden sind, beschlossen – und zwar in Höhe von 110 Mrd. Euro.

Der Deutsche Bundestag hat am 7. Mai in einem Eilgesetzverfahren dieses Hilfspaket für Griechenland gebilligt; Deutschland "haftet" mit 28 Mrd. Euro für das Griechenlandpaket.

Noch bevor das Hilfspaket für Griechenland endgültig beschlossen war, hatte sich die Lage an den Kapitalmärkten indessen weiter verschärft. Das Ziel, die von Griechenland drohenden Ansteckungseffekte zu begrenzen, wurde nicht erreicht. Der Euro geriet international weiter unter Druck, wurde mehr und mehr gegenüber anderen Währungen – wie etwa gegenüber dem Dollar, Yen, Pfund und der Norwegischen Krone – "abgewertet". Die Stabilität der Europäischen Währungsunion war stark gefährdet, was zu erheblichen Konsequenzen für die gesamte Weltwirtschaft geführt hätte. Angesichts dieser Krisenlage haben die Finanzminister der EU am 10. Mai weitere Stabilisierungsmaßnahmen beschlossen. Dieses Stabilisierungspaket umfasst Notfall-Hilfen von bis zu 750 Mrd. Euro für den Notfall eines oder mehrerer Staaten der EURO-Zone. Grundlage für mögliche Hilfen ist die Umsetzung eines Sanierungsprogramms, das das betroffene EURO-Land mit dem IWF, der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank vereinbart hat; das Programm muss von den EURO-Staaten einvernehmlich gebilligt werden. Deutschland bürgt für dieses Hilfspaket mit 123 Mrd. Euro.

Mit diesen dramatischen Aktionen soll die Stabilität des EURO gesichert werden. "Damit", so hat es die Bundeskanzlerin am 19. Mai 2010 erklärt, "schützen wir das Geld der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes – nicht mehr und nicht weniger ist der Auftrag der Bundesregierung genauso wie des Bundestages."

Ob diese Maßnahmen wirklich positiv wirken, um den EURO dauerhaft zu stabilisieren, das muss sich noch beweisen. Ähnlich wie bei Griechenland werden auf den internationalen Finanzmärkten Zweifel an der Zahlungsfähigkeit von Spanien, Portugal, Italien und anderen europäischen Ländern mehr oder weniger offen gehegt. Zudem muss bedacht werden, was denn geschehen würde, wenn die VR China ihre EURO-Reserven in Höhe von über 800 Mrd. Euro "abstoßen" würde. Langfristige Stabilität erfordert gesunde Staatsfinanzen. Nicht wenige Staaten haben über ihre Verhältnisse gelebt und sind mehr und mehr in eine Schuldenfalle geraten.

Mit insgesamt 8,7 Billionen Euro sind die 27 EU-Staaten derzeit verschuldet! Das ist die eigentliche Ursache für das Problem – im Übrigen auch bei uns in Deutschland. Denn es gilt nach wie vor: Stability begins at home!

Solide Finanzen des Staates und stabiles Geld sind konstitutive Elemente einer Sozialen Marktwirtschaft. Denn die Schulden von heute sind die Lasten für die nächsten Generationen, deren Zukunftschancen damit negativ beeinträchtigt werden. Und "Inflation ist Betrug am Sparer", so hat es vor Jahrzehnten ein Bundesbankpräsident zu Recht gesagt. Inflation gefährdet auch die Funktionsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems.

Die christlich-liberale Koalition hat am 7. Juni 2010 Eckpunkte für die zukünftige Haushaltspolitik beschlossen, die in die richtige Richtung weisen. Sie sind nicht eine Agenda von Grausamkeiten, nicht eine Liste sozialer Einschnitte und auch nicht unzumutbare Belastungen für einige Wirtschaftsbereiche. Durch den Abbau von Subventionen – etwa mit der Abschaffung von Mitnahme-Effekten bei Energiesteuervergünstigungen und der Erhebung einer ökologischen Luftverkehrsabgabe – und mit der Belastung der Kernkraftwerksbetreiber sowie mit der Stärkung von Beschäftigungsanreizen und Neujustierung von Sozialleistungen, mit Personalkosten- und Stellenein-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

**FREIBURG**

STAATSSSEKRETÄR A. D.

FRIEDHELM OST

9. Juni 2010

[www.kas.de/freiburg](http://www.kas.de/freiburg)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

sparungen in der Bundesverwaltung und mit der Beteiligung der Banken an den Kosten der Krise sollen in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes die Ausgaben von 2011 bis 2014 um insgesamt rund 80 Mrd. Euro verringert werden: Etwa 30 Mrd. Euro entfallen davon auf Subventionsabbau und zusätzliche Belastungen der Wirtschaft, der Rest vor allem auf Einsparungen im Sozial- und Verwaltungsbereich.

Das Sparpaket ist sozial ausgewogen. Es legt ein Fundament für die dringend notwendige finanzpolitische Konsolidierung und damit für die Zukunftssicherung unseres Landes. So können wir spätestens im Jahr 2013 die Defizitgrenze des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes wieder einhalten- und auch die im Grundgesetz vorgeschriebene "Schuldenbremse".

Der Staat muss seine Ausgaben wieder an den Einnahmen orientieren. Der Trend in die Gefälligkeitsdemokratie muss gebremst werden.

Und Ludwig Erhards Mahnung muss beachtet werden: Es kann nur das verteilt werden, was zuvor erarbeitet worden ist.

### III.

Die Welt befindet sich nach wie vor in der Krise – oder besser gesagt: in einer Vielzahl von Krisen.

Der EU-Gipfel hat sich soeben mit der "Strategie 2020", also mit der Zukunft Europas beschäftigt. Die Staats- und Regierungschefs der 27 Mitgliedsländer haben über die Perspektiven diskutiert, die gemeinsam gestaltet werden müssen. Vor allem geht es dabei nach der Banken- und Finanzkrise, die nahezu alle Staaten in eine tiefe Wirtschaftskrise stürzte, darum, wie in den nächsten Jahren ein nachhaltiges, intelligentes Wachstum zu erreichen sein wird, wie die viel zu hohe Arbeitslosigkeit abgebaut und neue Arbeitsplätze geschaffen werden können, wie die explodierten Staatsschulden verringert und wie die sozialen Sicherungssysteme stabilisiert werden können. Bildung, Wissen, Forschung und Schutz der Umwelt sind einige wichtige Elemente der

"EU-Strategie 2020". Damit geht es um nichts Geringeres als darum, wie wir alle in der Welt von morgen leben und arbeiten werden, welche beruflichen Chancen die junge Generation von heute haben wird, wie die Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten zusammengehalten werden kann, welchen Herausforderungen wir alle uns zu stellen bereit sind.

Die Zukunft hat viele Namen: Für die Schwachen ist sie das Unerreichbare. Für die Furchtsamen ist sie das Unbekannte. Für die Tapferen ist sie die Chance. – Diese vielschichtige Definition des französischen Schriftstellers Victor Hugo mag auch heute noch geeignet sein sich selbst einzuschätzen. Denn es geht um die Herausforderungen, die wir in Deutschland in der Gegenwart meistern müssen, um die Zukunft zu gestalten. Fatalismus und Furcht sind die schlechtesten Ratgeber. Vielmehr ist Mut zur Zukunft gefordert.

Deutschland steht vor großen Herausforderungen:

1. Es gilt unseren Beitrag zur Sicherung von Frieden und Freiheit in der Welt zu leisten. Die Zahl der Krisenherde, von denen gefährliche Bedrohungen ausgehen, ist nicht gering. Sie reichen von Afghanistan über Pakistan bis zum Iran. Der internationale Terrorismus ist global aktiv – auch hier bei uns.  
Vom Jemen über Somalia bis hin zum Sudan haben wir es mit "failing states" zu tun – mit Staaten, die unregierbar geworden sind, die zerfallen und Nester für Terroristen sind. Von dort aus starten Piraten Angriffe auf Schiffe auf internationalen Seewegen. Von dort aus planen Terroristen Aktionen auf Flugzeuge und andere Ziele in zivilisierten Staaten.
2. Der Klimawandel ist längst Realität. Naturkatastrophen mit riesigen Überschwemmungen, Wirbelstürmen und Missernten sind als Krisenergebnisse bereits Jahr für Jahr sichtbar. Die Migration nimmt weltweit zu. Der Druck aus Afrika in Richtung Süd-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

**FREIBURG**

STAATSSSEKRETÄR A. D.

FRIEDHELM OST

9. Juni 2010

[www.kas.de/freiburg](http://www.kas.de/freiburg)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

westeuropa hat sich zum Beispiel kräftig erhöht – und der Wandlungspfad von Spanien, Italien und Griechenland führt zu uns nach Deutschland.

3. Derzeit leben gut 6,8 Milliarden Menschen auf der Erde, bald werden es über 9 Mrd. sein; jede Sekunde kommen 2,6 Menschen dazu. Während in den entwickelten Staaten die Bevölkerungszahlen rückläufig sind, haben wir in Asien, wo bereits etwa 50 % aller Menschen der Welt leben, in Afrika und Lateinamerika steigende Geburtenzahlen zu registrieren.

Der Kampf um die natürlichen Ressourcen ist längst eine globale Herausforderung. Dabei geht es nicht nur um die Energiequellen, um Öl und Gas oder um Metalle, sondern vor allem auch um Wasser. Über 1 Milliarde Menschen auf unserem Globus verfügt derzeit nicht über sauberes Trinkwasser.

Viele Regionen drohen zu versteppen und bieten keine Chance für die Landwirtschaft, weil es dort zu wenig oder gar kein Wasser gibt.

- Mehr als 2 Mrd. Menschen müssen mit weniger als 1 Dollar pro Tag auskommen, sind unternährt, leiden unter mangelhafter Versorgung mit Medikamenten und Trinkwasser.

- "Beutejäger" sind unterwegs – z. B. in sog. Sonderproduktionszonen, organisieren "Sklavenarbeit", zahlen Hungerlöhne, verwüsten die Natur, "schlachten Menschen aus" und sind im internationalen Organhandel aktiv.

- Der Hass auf den Westen nimmt in zahlreichen Staaten weiter zu und schlägt sich vielfach in blindwütigen Terroraktionen nieder. Irregeleitete Bewegungen wie die Salafisten im Maghreb, die Dschihadisten im Nahen Osten oder die Al-Qaida würden, wenn sie die Möglichkeit hätten,

keine Hemmungen haben, sich Kernwaffen oder andere Massenvernichtungsmittel zu beschaffen und diese gezielt einzusetzen.

- Wir haben es mit einer expandierenden Hungerkrise zu tun, die zum einen durch die rapide Bevölkerungsvermehrung in den Entwicklungsländern, durch Klimaveränderungen und durch Wassermangel verursacht ist, zum anderen durch den allmählich wachsenden Wohlstand in Ländern wie zum Beispiel in China und Indien, also durch ein neues Konsumverhalten: Immer mehr Menschen können sich dort Fleisch leisten, was wiederum katastrophale Auswirkungen auf die Nahrungsmittelversorgung hat. Die 16 Milliarden Hühner, die 1,5 Milliarden Rinder und die 1 Milliarde Schweine auf der Erde brauchen viel Futter. Rund ein Drittel der Weltgetreideernte wird inzwischen an Tiere verfüttert. Dafür sind riesige Anbauflächen erforderlich, doch die Welt stößt an ihre Kapazitätsgrenze. Einige reichere Staaten – Japan, Südkorea, Saudi-Arabien u. a. – kaufen bereits Land in Brasilien, im Sudan, in der Ukraine oder in anderen ärmeren Staaten. Wertvoller Boden ist längst zum internationalen Spekulationsobjekt geworden – oft genug ohne Rücksicht auf die Wälder und das Klima.

Viele Staaten setzen zudem Getreide, Zucker und anderes für die Erzeugung von Energie ein.

4. Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Welt erschüttert. Die Beben waren 2008 und 2009 in vielen Ländern so stark wie zuletzt vor 80 Jahren. Nur durch das Engagement der Notenbanken und vieler Regierungen konnte ein Zusammenbruch des Finanz- und Bankensystems vermieden werden – und eben-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

**FREIBURG**

STAATSEKRETÄR A. D.  
FRIEDHELM OST

9. Juni 2010

[www.kas.de/freiburg](http://www.kas.de/freiburg)  
[www.kas.de](http://www.kas.de)

so eine drohende Weltwirtschaftskrise mit Massenarbeitslosigkeit. Nach dem Krisenmanagement ist nun verstärkt eine Krisenprävention gefordert, um mehr Systemstabilität zu erreichen. Deutschland muss klare und strenge Regeln erarbeiten und gemeinsam mit den EU-Partnern sowie mit den USA, Kanada, Japan und anderen Staaten durchsetzen.

5. Die Sanierung der staatlichen Finanzen wird in den nächsten Jahren nur möglich sein, wenn die Wirtschaft wieder wachsen wird. Denn Sparen, so notwendig auch dies für die Konsolidierung ist, wird allein nicht ausreichen. Die Wachstumszentren der Weltwirtschaft haben sich indessen verlagert – vor allem nach China und Indien –, während sich die westlichen Volkswirtschaften nur mühsam aus dem Keller der Rezession herausarbeiten. Große Anstrengungen sind dazu erforderlich, damit auch Deutschland auf einen soliden Wachstumskurs zurückfindet. Dies wird nur möglich sein, wenn die Ressourcen optimal kombiniert und genutzt werden – vor allem das Humankapital. Rund 60.000 Jugendliche verlassen pro Jahr ohne Abschluss die Schule, jeder 7. Jugendliche mit Migrationshintergrund hat keine abgeschlossene Ausbildung. Das ist eine große Verschwendung von menschlichen Ressourcen!
6. Deutschland hat als Volkswirtschaft von der Globalisierung in hohem Maße profitiert. Wir sind stärker als alle anderen vergleichbaren Staaten auf offene Märkte angewiesen – sowohl für unseren Export als auch für unsere Importe. Globalisierung bedeutet jedoch, dass wir uns permanent dem internationalen Wettbewerb stellen müssen. Da wir kein Billiglohn-Land und kein Niedrigkosten-Staat sind und nie werden, müssen wir mit intelligenten, innovativen und hochwertigen Produkten konkurrieren. High-tech made in Germany ist gefordert, Massenwaren sind anderswo kostengünstiger und damit wettbewerbsfähiger zu produzieren. Das wichtigste Kapital unserer Republik – das sind die Köpfe der Menschen. Deshalb liegt eine der größten Herausforderungen in den Bereichen Ausbildung, Qualifizierung, Forschung und Entwicklung. Und es gilt schneller als bisher neue Technologien in der Praxis in Produkte umzusetzen – in der Informations- und Kommunikationstechnologie, auf dem Feld der Energie, in der Gen- und Bio- sowie Nanotechnologie, bei der Elektromobilität usw.
7. Eine weitere Herausforderung ergibt sich aus der dringenden Beachtung des Prinzips der Nachhaltigkeit. Das gilt für den Umwelt- und Klimaschutz, das gilt für die öffentliche Finanzpolitik, das gilt für die Familien- und Sozialpolitik und viele andere Bereiche. Wir alle sind herausgefordert, die Welt, in der wir leben und arbeiten, der nächsten Generation mindestens so zu übergeben, wie wir sie vorgefunden haben – möglichst in einem besseren Zustand, denn unsere Kinder und Enkel sollen doch auch gute Perspektiven erhalten.
8. Unsere Vorfahren haben nach dem Zweiten Weltkrieg vor über 60 Jahren nicht nach dem Staat, nach Subventionen und Finanzhilfen gerufen, sondern aus dem Schutt der Kriegstrümmer unsere Republik aufgebaut.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

**FREIBURG**

STAATSEKRETÄR A. D.

FRIEDHELM OST

9. Juni 2010

[www.kas.de/freiburg](http://www.kas.de/freiburg)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Ihren Kindern galt das Versprechen: Ihr sollt es einmal besser haben als wir!

Und sie haben dieses Versprechen wirklich in die Realität umgesetzt: Unser Land hat seitdem in Frieden und Freiheit leben können. Bereits in den 60er Jahren sprach die Welt von dem "deutschen Wirtschaftswunder"; das war jedoch kein Wunder, sondern das Ergebnis harter Arbeit von Unternehmern und Arbeitern. Das alles war möglich in unserer lebendigen Demokratie und mit der Sozialen Marktwirtschaft – mit der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung von Ludwig Erhard.

Gewiss, die Welt hat sich in den letzten 6 Jahrzehnten gewaltig verändert. Seit fast 20 Jahren sind wir Deutschen glücklich wiedervereinigt. Seit 1954 sind wir Mitglied der Europäischen Gemeinschaft – damals mit 5 Partnern, inzwischen mit 26 Mitgliedsländern.

Aus der Bipolarität der Welt hat sich seit dem Fall des Eisernen Vorhangs eine multipolare Welt entwickelt. Viele Staaten haben sich von der kommunistischen Diktatur befreit und sind zu Demokratien geworden. Vor allem war im Wettkampf der Systeme die Soziale Marktwirtschaft die erfolgreiche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

9. Seit etwa 30 Jahren zeichnet sich ein großer Wandel unserer Demografie ab: Die Lebenserwartung steigt erfreulicherweise weiter an; die Menschen werden immer älter. Zugleich nimmt der Wunsch nach Kindern ab: Die Zahl der Neugeborenen ist seit einigen Jahrzehnten gesunken. Pro Frau im gebärfähigen Alter gibt es inzwischen im statistischen Durchschnitt gerade noch 1,3 Kinder; besser ausgedrückt: 3 Frauen gebären 4 Kinder.
- Um die derzeitige Bevölkerungszahl von rund 82 Millionen einigermaßen zu halten, wären pro Frau im gebärfähigen Alter 2 Kinder erforderlich. Daraus ergeben sich Trends und Her-

ausforderungen: Unsere Gesellschaft wird immer älter, die Zahl der Einwohner in Deutschland sinkt; pro Jahr übertrifft derzeit schon die Zahl der Särge die Zahl der Wiegen um rund 150.000!

10. Diese demografischen Veränderungen haben enorme Konsequenzen für viele Bereiche – für den Arbeitsmarkt ebenso wie für das Wohnen. So basiert unser Rentensystem auf einem sogenannten Generationenvertrag. Das heißt, die Erwerbstätigen zahlen ihre Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung, aus der dann das Geld an die Rentner weitergereicht wird – im Übrigen plus 80 Mrd. Euro jährlich aus Steuern, da die Beitragseinnahmen längst nicht mehr reichen. Vor Jahrzehnten war das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentenbeziehern 7:1; heute liegt es bei 3:1; im Jahre 2040 wird es 1,5:1 sein. Das macht mehr als deutlich, dass hier eine riesige Herausforderung liegt, nämlich das Vertrauen in das System zu erhalten und die Finanzierbarkeit zu sichern.
- Ohnehin droht neue Altersarmut vor allem denen, die lange Zeit in der Arbeitslosigkeit bleiben, die Mini-Jobs machen, die neben der gesetzlichen Rente keine private Altersvorsorge aufbauen können.
- Ähnliche Herausforderungen wie beim Rentensystem stellen sich im Gesundheitssystem und vor allem auch bei der Pflege. Es sind riesige Probleberge, die bewältigt werden müssen. Es gibt dafür keine einfachen Patentlösungen. Es tun sich bei jeder Veränderung sofort große Widerstände auf – wie etwa bei dem politischen Beschluss, das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre zu erhöhen. Gerade aktuell zeigt sich, dass der längst überfällige Umbau unseres Gesundheitssystems eine echte Herkulesarbeit ist.
- Wir geben inzwischen 30 % des Bruttoinlandsproduktes für Sozialleistungen aus und zugleich wird eine wachsende Armut verzeichnet. Mit dem

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

**FREIBURG**

STAATSEKRETÄR A. D.

FRIEDHELM OST

9. Juni 2010

[www.kas.de/freiburg](http://www.kas.de/freiburg)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Anstieg der Sozialleistungen wächst offenbar auch der Umfang der Armut. Allein dies schreit nach deutlichen Veränderungen des Sozialsystems – mit einer Konzentration auf die wirklich Schwachen in unserer Gesellschaft.

#### IV.

Welche Zukunft hat nun die Soziale Marktwirtschaft? Hat diese Ordnung nicht versagt und die schwere Finanzkrise mit den verheerenden Folgen für die Realwirtschaft ermöglicht? Ist nun nicht der Staat als die wichtigste Reparatur-Werkstatt gefordert, um ein noch größeres Desaster zu vermeiden? Hat nicht der wilde Turbo-Kapitalismus in einer globalisierten Welt, die außer Kontrolle geraten ist, uns alle an den Abgrund getrieben?

So wird seit einiger Zeit landauf, landab diskutiert – vor allem von jenen, die schon immer gegen die Soziale Marktwirtschaft Front gemacht haben, die den Untergang des Sozialismus und der Planwirtschaft nicht akzeptieren wollen und nun vor allem als Erben der SED in der "vereinigten Linken" mit Gysi und Lafontaine an der Spitze mit neomarxistischen Parolen durch's Land ziehen. Sie prangern den Kapitalismus vehement an, sie predigen die totale Gleichmacherei, Enteignung und Verstaatlichung sowie Regulierung.

Man sollte diese Zuckungen von Neo-Sozialisten nicht überbewerten. Aber manche Parolen fallen doch auf fruchtbaren Boden, ja sie infizieren nicht zuletzt Zeitgenossen, die nach dem Godesberger Programm der SPD und mit dem einstigen Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller die Soziale Marktwirtschaft akzeptiert hatten, ohne dass sie Ludwig Erhard wirklich zur Kenntnis genommen, geschweige denn verstanden hätten.

In der Sozialen Marktwirtschaft vereinigt sich das Prinzip der Freiheit mit dem des sozialen Ausgleichs innerhalb einer vom Staat gegebenen und gesicherten Rahmenordnung. So hat Professor Alfred Müller-Armack, der Schöpfer der Bezeichnung un-

serer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vor über 60 Jahren die Soziale Marktwirtschaft definiert und darauf hingewiesen, dass so eine friedliche Verschmelzung von Einzel- und Gemeinschaftsinteressen gelingt. Denn auf der Grundlage der Wettbewerbswirtschaft erbringt die Entschlusskraft des Einzelnen in einem von ihm frei erwählten Betätigungsfeld eine marktwirtschaftliche Leistung. Die staatliche Rahmenordnung sichert diesen Wettbewerb und zugleich die Umsetzung der Einzelleistungen in einem allen zugute kommenden gesellschaftlichen Fortschritt sowie einem vielgestaltigen System des sozialen Schutzes für die wirtschaftlich schwachen Schichten unseres Volkes.

Gewiss: Wirtschaften an sich ist frei von moralischem Gehalt. Doch hinter dem Urteil, was zweckmäßig und nützlich ist, stehen nicht nur sachdienliche, sondern auch moralische Erwägungen darüber, was human, menschenwürdig ist und was nicht. Deshalb ist die Entscheidung, wie gewirtschaftet wird und welche Ziele den wirtschaftenden Menschen gesetzt werden, abhängig von den Wertvorstellungen, die für eine Gesellschaft richtungsweisend sind. In einer marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft wird das Ziel eben nicht durch jedes Mittel gerechtfertigt. Vielmehr ist es so: Nur durch Selbstdisziplin, Gerechtigkeits-sinn, Ehrlichkeit und Fairness, durch Maßhalten, Gemein-sinn und Achtung vor der Würde des anderen kann der Mensch in seiner Doppelnatur – zum einen als ein auf sich gestellter Einzelner, zum anderen als ein zum Ganzen gehörender – zur Selbstverwirklichung kommen und eine stabile, lebendige und humane Gesamtordnung schaffen.

Unsere Soziale Marktwirtschaft hat tiefe ethische und religiöse Wurzeln; sie ist als Ordnung ganz in den Dienst der Freiheit und der Würde des Menschen gestellt, ja sie ist die "Zwillingschwester" unseres Grundgesetzes, unserer freiheitlichen Verfassung.

Sie ist nicht die total freie Marktwirtschaft des liberalistischen Freibeutertums und auch nicht das "freie Spiel der Kräfte", sondern eine sozial verpflichtende Marktwirt-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

**FREIBURG**

STAATSSSEKRETÄR A. D.  
FRIEDHELM OST

9. Juni 2010

[www.kas.de/freiburg](http://www.kas.de/freiburg)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

schaft, wie es Ludwig Erhard selbst beschrieb, "die das einzelne Individuum zur Geltung kommen lässt, die den Wert der Persönlichkeit oben an stellt und der Leistung dann aber auch den verdienten Ertrag zukommen lässt." Das wesentliche und entscheidende Wesensmerkmal der Sozialen Marktwirtschaft ist ihre zutiefst ethische Fundierung. Wilhelm Röpke, einer der geistigen Mit-Väter dieser Ordnung, hat vor mehr als 6 Jahrzehnten darauf hingewiesen und es so beschrieben: "Das Maß der Wirtschaft ist der Mensch; das Maß des Menschen ist sein Verhältnis zu Gott." Hierin liegt die wichtigste Besonderheit der Sozialen Marktwirtschaft, hiermit unterscheidet sie sich deutlich vom Sozialismus und auch vom Kapitalismus gleich welcher Prägung. Ethik wurde von Wilhelm Röpke als "der zentrale Anker der Sozialen Marktwirtschaft" hervorgehoben. Weil ethische Grundsätze seit geraumer Zeit nichts gelten, kam es zu der gegenwärtigen tiefen Krise. Sie ist zu bewältigen und künftig zu verhindern, wenn sich jede Führungskraft in der Wirtschaft ihrer Verantwortung gegenüber dem ihr anvertrauten Kapital und der Gesellschaft, von der sie selbst abhängig ist, bewusst ist.

Dieser kurze Rückblick auf die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft ist heute mehr denn je erforderlich: Sie ist das Gegenmodell zu jeder Spielart des Sozialismus und Kollektivismus, sie hat wenig mit totalem Liberalismus und schon gar nichts mit ungezügelter Kapitalismus zu tun. Vielmehr ist die Soziale Marktwirtschaft ein dynamisches System – keine Ideologie! – das durch eine Ordnungspolitik zu Freiheit und sozialer Gerechtigkeit führt. Grundlegend waren und sind für das Gelingen dieser Ordnungspolitik die Prinzipien von Subsidiarität und Solidarität: Wer selbst etwas leisten kann, muss das auch tun. Dazu gehört wirtschaftliche Freiheit, dazu gehören eigenständige Entscheidungen und auch das Prinzip privater Haftung für die getroffenen Entscheidungen. Wer nicht selbst für sich sorgen kann, also krank, behindert, schwach oder alt ist, der darf auf die Solidarität der Gemeinschaft zählen. Das Grundziel der Staatstätigkeit, soziale Sicherheit für alle zu garantieren, erfordert es, dass jeder Bürger auf Unterstützung vertrauen

kann, wenn ihm Selbsthilfe nicht möglich ist oder wenn deren Erträge für eine menschenwürdige Existenz nicht ausreichen.

Für jeden, der die Soziale Marktwirtschaft richtig begriffen hat, ist klar, dass Freiheit stets an Verantwortung gebunden ist, ja dass Freiheit und Frieden quasi eine Symbiose bilden; denn Freiheit allein wird schnell zur Anarchie und Frieden allein kann rasch zur Friedhofsruhe werden. Gerade deshalb ist auch eine ausschließliche auf die Funktionsfähigkeit der Marktmechanismen ausgerichtete Politik nicht ausreichend. Aber auch schon dafür ist ein starker Staat gefordert, der den Wettbewerb sichert, der Verstöße gegen einen fairen Wettbewerb scharf sanktioniert, der klare Rahmenbedingungen für das Wirtschaften und Arbeiten festlegt – sei es mit der Steuer- oder Sicherheitspolitik, sei es mit der Umwelt- oder Forschungspolitik.

Ohne Übertreibung lässt sich heute feststellen, dass die Soziale Marktwirtschaft unserem Land seit der Gründung unserer Republik große Erfolge ermöglicht hat – und das trotz mancher Sünden, die immer wieder gegen die Prinzipien dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung begangen wurden, die sich indessen mit manchen Fehlentwicklungen rächen. Die Soziale Marktwirtschaft hat sich im Wettbewerb der Systeme als überlegener Sieger behauptet. Die Plan- und Kommando-Volkswirtschaften – in der DDR ebenso wie im gesamten früheren Ostblock – sind total gescheitert. Wer noch Bedarf spürt, diese Systeme in der Praxis zu studieren, mag eine Reise nach Kuba oder Nord Korea unternehmen. Aber auch dort, wo man sich auf den Weg eines neuen ungebändigten Neo-Kapitalismus begeben wollte, ist man tief eingebrochen – wie etwa in den angelsächsischen Staaten – und hat viele andere allzu gierige Neo-Kapitalisten mit in den Abgrund gerissen. Gerade die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise ist Anlass zu einer ordnungspolitischen Neubesinnung auf die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft – und zwar global wie national.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

**FREIBURG**

STAATSEKRETÄR A. D.

FRIEDHELM OST

**9. Juni 2010**

[www.kas.de/freiburg](http://www.kas.de/freiburg)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Wir Deutschen haben doch allen Grund für die Propagierung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung:

Sie hat nach dem Zweiten Weltkrieg den Wiederaufstieg aus Trümmern rasch möglich gemacht. Die Entwicklung der Bundesrepublik seit 1949 ist vor allem ökonomisch gesehen eine Erfolgsgeschichte:

In diesen 60 Jahren hat es einen gewaltigen Zugewinn an Wohlstand gegeben. Das verfügbare pro Kopf-Einkommen hat sich mehr als verfünffacht – auf rund 20.000 Euro. Die Arbeitszeit ist deutlich gesunken – von 2.400 Stunden pro Jahr auf durchschnittlich nur noch 1.350 Stunden. Die Wohnsituation hat sich deutlich verbessert: Noch 1965 standen pro Person im Schnitt kaum mehr als 20 Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung, heute sind es 43 Quadratmeter.

Weltweit wurde bereits in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts von dem "deutschen Wirtschaftswunder" gesprochen, obwohl es in Wirklichkeit kein Wunder, sondern die großen Leistungen von Unternehmern und Arbeitnehmern in dem weitgehend optimal funktionierenden System waren. Wir haben in unserem Land moderne und erfolgreiche Unternehmen aufgebaut. Es wurden produktive Arbeitsplätze geschaffen und gesichert. Kapital und Arbeit fanden in einer großartigen Sozialpartnerschaft zusammen. Der Wohlstand in breiten Schichten der Bevölkerung nahm zu. Wir haben eines der besten Sozialsysteme der Welt aufgebaut. Von großflächigen Streiks, sozialen Unruhen oder gar Klassenkämpfen blieb unser Land verschont. Mit der friedlichen Wiedervereinigung nach über 4 Jahrzehnten schmerzlicher Teilung unseres gemeinsamen Vaterlandes haben wir einen geradezu einzigartigen ökonomischen, ökologischen und sozialen Kraftakt geschafft. All das war doch nur mit der Sozialen Marktwirtschaft möglich!

In Deutschland – auf knapp 1 % der Erdoberfläche – leben heute 82 Millionen Einwohner – das entspricht etwa 1,2 % der Weltbevölkerung; diese Zahl wird sich in den nächsten Jahrzehnten stark verringern, woraus sich für uns große demographische Herausforderungen ergeben. 36 Millionen

Arbeitnehmer und 4,3 Millionen Unternehmer haben im Jahre 2009 ein Bruttoinlandsprodukt von rund 2.500 Mrd. Euro erwirtschaftet. Gut 7 % der Welt-Industrieproduktion findet in Deutschland statt. Deutschland war im letzten Jahr Vize-Exportweltmeister mit Ausfuhren in Höhe von rund 800 Mrd. Euro; – das entspricht etwa 10 % der weltweiten Exporte; zwei Drittel unserer Exporte gingen in die 26 EU-Partnerländer. Deutsche gaben 2009 fast 35 Milliarden Euro für Reisen ins Ausland aus. Die Summe der Löhne und Gehälter betrug im letzten Jahr brutto 992, netto etwa 640 Mrd. Euro. 21 Mrd. Euro wurden von der Pflegeversicherung, 169 Mrd. Euro von der gesetzlichen Krankenversicherung und 244 Mrd. Euro von der Rentenversicherung ausgegeben; insgesamt betrugen die Ausgaben für Sozialleistungen 2009 rund 640 Mrd. Euro.

Die Geldvermögen der privaten Haushalte beliefen sich per Ende 2009 auf über 5.000 Mrd. Euro; ebenso hoch dürfte der Wert des privaten Immobilienvermögens liegen. Pro Haushalt ergibt sich heute im Schnitt ein Gesamtvermögen von etwa 210.000 Euro. In der Ausstattung privater Haushalte mit Automobilen, Elektronik- und Elektrogeräten sowie anderen Gebrauchsgütern liegen wir im weltweiten Vergleich in der Spitzengruppe. Für den Wiederaufbau Ostdeutschlands haben wir Deutschen seit 1989/ 90 rund 2.000 Mrd. Euro eingesetzt; das ist eine historisch einzigartige Gemeinschaftsleistung einer Nation.

Wir zahlen als Bundesrepublik Deutschland hohe Beiträge für Internationale Organisationen – an die EU ebenso wie an die UNO, für die Entwicklungshilfe ebenso wie für humanitäre Hilfen in Krisen- und Katastrophengebieten. Wir können dies alles für uns und andere nur leisten, weil wir es zuvor hier erarbeiten und zwar mit einer innovativen wie produktiven Kombination von Kapital und Arbeit, im Konsens zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern, mit allen Risiken und Chancen im Wettbewerb hier in Deutschland und auf den globalen Märkten. Im Übrigen profitieren wir von dieser scharfen internationalen Konkurrenz als Konsumenten seit langem in hohem Maße: Wir

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

**FREIBURG**

STAATSEKRETÄR A. D.  
FRIEDHELM OST

9. Juni 2010

[www.kas.de/freiburg](http://www.kas.de/freiburg)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

kaufen preiswerte chinesische Kleidung oder koreanische Fahrzeuge, japanische Elektronik oder indische Software; die ausländischen Fabrikate haben Anteile auf den deutschen Märkten von 30, 50 oder sogar 80 %, weil sich die Verbraucher hierzulande dafür entscheiden – sei es wegen der Qualität, sei es wegen des günstigen Preises. Dass nicht wenige sich zugleich über diese ausländischen Wettbewerber beklagen, weil sie natürlich deutschen Firmen und Arbeitnehmern Aufträge und Beschäftigung streitig machen, ist zwar verständlich, aber für eine der global stärksten Exportnationen mehr als anachronistisch. Der Wohlstand der Nationen resultiert vor allem aus der internationalen Arbeitsteilung und basiert auf den komparativen Kostenvorteilen zwischen den Ländern dieser Welt. Wer von der Globalisierung profitiert, muss zugleich die daraus resultierenden Herausforderungen annehmen, muss erkennen, dass sich der internationale Wettbewerb um Investitionen, Standorte und Kapital, Arbeitsplätze und Absatzmärkte im letzten Jahrzehnt wesentlich verschärft hat. Im Sport – bei Weltmeisterschaften und Olympischen Spielen – erkennen wir alle an, dass die ersten Plätze und die Goldmedaillen nur an die Wettkämpfer gehen, die mit neuen Kombinationen, mit Spitzenleistungen, mit Rekordzeiten, mit der größten Schnelligkeit und den besten Ergebnissen alles geben. In der Konkurrenz mit anderen Volkswirtschaften findet dieser Wettbewerb auf unserem deutschen Markt und auf den ausländischen Märkten Tag für Tag statt; um ihn weiterhin erfolgreich zu bestehen, müssen wir mehr denn je auf die Soziale Marktwirtschaft setzen: Wir müssen zum einen die humanen Ressourcen mit einer wesentlichen Qualitätssteigerung in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung verbessern, denn das wichtigste Kapital, über das wir in Deutschland verfügen, das sind die Menschen – und nichts anderes, denn wir verfügen kaum oder gar nicht über Energie- und Rohstoffquellen, die wir als Basis des Wohlstandes nutzen könnten. Ebenso brauchen wir tüchtige, innovative und risikofreudige Unternehmer, die in den Betrieben Arbeit und Kapital so erfolgreich miteinander kombinieren, dass ihre Dienstleistungen und Produkte auf den Märkten nachgefragt

werden – hier in Deutschland ebenso wie in fernen Regionen. So wichtig dabei hoch- und höchstqualifizierte Mitarbeiter sind, so wichtig ist auch der Einsatz von Kapital. Denn die Investitionen für nur einen Arbeitsplatz in einer Autoreparaturwerkstatt belaufen sich inzwischen auf gut 250.000 Euro, für einen Arbeitsplatz in der Chemie oder in der Elektronikindustrie auf 1 Million Euro und mehr. Arbeit und Kapital sind also aufeinander angewiesen, das eine ist ohne das andere nutzlos; nur aus der richtigen unternehmerischen Kombination der beiden Faktoren entsteht letztlich Mehrwert, der für die Verteilung als Einkommen und Gewinn zur Verfügung steht, der für die Sicherung der Arbeitsplätze und neue Investitionen erforderlich ist.

Alle Versuche, diesen wirtschaftlichen Prozess anders als in einer marktwirtschaftlichen Ordnung zu organisieren, sind fehl geschlagen: Der real existierende Sozialismus war alles andere als das verheißene "Arbeiter- und Bauernparadies" und endete in den Staaten, die ihn lange Zeit praktizierten, in einem Desaster. Der Kapitalismus, der sich mehr und mehr als Feudalismus entpuppte, in dem eine schmale herrschende Klasse die Arbeiter mehr oder weniger ausbeutete, ist gleichermaßen gescheitert.

**V.**

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise ist keine Krise der Sozialen Marktwirtschaft. Vielmehr wurde von zahlreichen Akteuren weltweit gegen die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft bewusst oder auch unbewusst verstoßen; zu diesen Akteuren zählen Regierungen ebenso wie Banker, Notenbanken ebenso wie Politiker in vielen Ländern dieser Welt. Die schweren Sünden wider den Geist der Sozialen Marktwirtschaft rächen sich mit dieser globalen Krise, die eines ganz deutlich macht: Die Entwicklung der politischen Institutionen hat mit der wirtschaftlichen Dynamik während der letzten 20 Jahre nicht Schritt gehalten. Der Staat war deshalb nicht mehr in der Lage, jenen Ordnungsrahmen zu schaffen, der sicherstellt, dass die Aktivitäten privater Akteure zu gesellschaftlich wünschenswerten Ergebnissen führen. Diese schwere Finanz-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

**FREIBURG**

STAATSSSEKRETÄR A. D.  
FRIEDHELM OST

9. Juni 2010

[www.kas.de/freiburg](http://www.kas.de/freiburg)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

und Wirtschaftskrise ist damit ein Ordnungsproblem par excellence, das gelöst werden muss. Der frühere Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller hat einst folgende Formel geprägt: So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig. Daran sollten sich die verantwortlichen Politiker, die nun in allen möglichen Gremien wie G8, G20, im IWF auf der EU-Ebene usw. um Regeln für eine neue Ordnung der taumelnden Finanzwelt ringen, erinnern. Es muss hier um eine klare Absage an einen neoliberalen Marktradikalismus und an einen autoritären Staatskapitalismus gehen. Die Soziale Marktwirtschaft ist das Modell für die Welt, weil sie wie keine andere Ordnung wirtschaftliche Vernunft mit sozialem Ausgleich verbindet.

Die Regeln der Sozialen Marktwirtschaft global durchzusetzen, ist die große politische Herausforderung der Gegenwart, die nur international bewältigt werden kann. Denn wir leben in einer globalisierten Welt, die gemeinsame Spielregeln benötigt – für den Bankensektor ebenso wie für die Umwelt, für den freien Handel ebenso wie für Mindeststandards zum Schutz von Arbeitern. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel setzt sich seit einiger Zeit schon für eine nachhaltige Weltwirtschaftsordnung ein – für eine Ordnung, die den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft folgt. Die Zeiten nationaler Alleingänge und Egoismen, die Zeiten des Protektionismus und der nichttarifären Handelshemmnisse müssen beendet werden, um die Weltwirtschaft, das internationale Währungs- und Finanzsystem sowie den Welthandel und das Weltklima positiv und nachhaltig zu gestalten. Unser bisheriger Bundespräsident Horst Köhler hat jüngst von "gemeinsamen Menschheitsaufgaben" gesprochen, für deren Lösung wir eine "Ordnung in der Globalisierung, anerkannte Regeln und effektive Institutionen brauchen. Diese Ordnung muss dafür sorgen, dass globale öffentliche Güter wie internationale Finanzstabilität, Begrenzung der Erderwärmung und die Gewährleistung eines freien, fairen Handels gemeinsam definiert und bereit gestellt werden." Dabei geht es auch um die Verantwortung für globale Solidarität, ja um die globale soziale Frage. Das alles kann der Markt allein nicht richten.

Vielmehr ist ein starker Staat gefragt, der dem Markt Regeln setzt und sie auch durchsetzt. Denn Marktwirtschaft lebt vom Wettbewerb und von der Begrenzung wirtschaftlicher Macht. Sie lebt von Verantwortung und persönlicher Haftung für das eigene Tun.

Sie braucht Transparenz und Rechtstreue. Auf all das müssen die Menschen vertrauen können.

Gerade die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise bestätigt doch den Wert der Sozialen Marktwirtschaft: Sie ist mehr als eine Wirtschaftsordnung. Sie ist eine Werteordnung. Sie vereinigt Freiheit und Verantwortung zum Nutzen aller. Deshalb spricht wirklich alles dafür, an den Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft festzuhalten – nämlich am Wettbewerb und Privateigentum, an der Vertragsfreiheit sowie an der privaten Verantwortung und Haftung, vor allem auch am Leistungsprinzip. Dazu gehören ein konsistenter Ordnungsrahmen und effiziente Regeln des Staates in einer wirtschaftlichen globalisierten Welt. Im Übrigen geht es nicht allein um Leistungen, die am Markt bewertet werden: Zu einer Gesellschaft mit menschlichem Antlitz gehören Lebensleistungen – wie etwa die der Mütter und Väter, die ihre Kinder erziehen, wie etwa derjenigen, die ältere, kranke und behinderte Menschen pflegen und betreuen; auch diese Leistungen, die nicht in das Bruttolandsprodukt eingehen, sind von großer Bedeutung und sollten von uns allen viel stärker gewürdigt werden. Denn ohne diese Leistungen würden wir sehr schnell zu einer gepanzerten und egoistischen GmbH, zu einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die im puren Materialismus "verkommen" würde. Gerade im Hinblick auf die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft ist ein breiter mentaler Wandel in jenem Bereich erforderlich, der "jenseits von Angebot und Nachfrage" liegt.



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

#### Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Hauptabteilung Politische Bildung

#### Bildungswerk Freiburg

Schusterstr. 34 - 36  
79098 Freiburg

Tel. +49 761 1564807-0

Fax +49 761 1564807-9

[kas-freiburg@kas.de](mailto:kas-freiburg@kas.de)